



Ihre Krise – nicht auf unserem Rücken!

Wir haben uns im "Stuttgarter Krisenbündnis" zusammengeschlossen, weil wir nicht wollen, dass die kapitalistische Wirtschaftskrise, die schon durch die Corona-Pandemie verschärft wurde, auf unserem Rücken ausgetragen wird. Mit dem Krieg in der Ukraine hat sich alles noch weiter verschärft. Inzwischen erleben wir eine Inflation, wie es sie seit 70 Jahren nicht mehr gegeben hat. Durch Spekulation an den Märkten und die Sanktionspolitik der Bundesregierung haben sich die Preise neben der Energie besonders für alltägliche Lebensmittel wie Getreideprodukte, Milcherzeugnisse, Fleisch und Speiseöle im Vergleich zum Vorjahr drastisch erhöht. Diese Preissteigerungen haben bereits Ende 2021 begonnen und steigern sich inzwischen in ungeahnte Höhen. Ob die Menschen im Winter noch eine warme Wohnung haben werden, ist äußerst ungewiss.

Milliarden für Soziales, Gesundheit, Bildung, Klima statt für Rüstung

Wenige Tage nach Beginn des Krieges im Februar 2022 wurde von der Bundesregierung zusammen mit der CDU ein Hochrüstungsprogramm beschlossen, das es in sich hat. 100 Mrd. Euro als „Sondervermögen“ für die Bundeswehr und die Steigerung des Militärhaushalts auf über 2% des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr, also weitere über 70 Mrd. Euro für die Beschaffung von Kriegsgerät.

Allein mit den 100 Milliarden Euro könnten 130.000 neue Pflegekräfte vier Jahre lang beschäftigt oder 900.000 Sozialwohnungen subventioniert werden, was dringend notwendig ist – ebenso wie Investitionen ins Bildungssystem, in die Infrastruktur (z.B. deutsche Bahn) sowie in den Umwelt- und Klimaschutz. Für diese Hochrüstung wurde auch die Schuldenbremse ausgesetzt. Diese soll nach dem Willen der Ampelregierung „nur“ für die Dinge der Daseinsvorsorge und für Soziales gelten.

Diskussionsveranstaltung
Wie weiter mit den Protesten gegen die
Verarmungspolitik der Regierung?

am Donnerstag, 10. November um 18 Uhr im Gewerkschaftshaus

Die Kosten für die Krise sollen die Reichen tragen

Wir fordern, dass die Kosten der Krise die Reichen, Konzerne und Banken tragen. Sie haben jahrelang von Privatisierung, Sozialabbau, Niedriglöhnen und einer ungerechten Steuerpolitik profitiert. Die Reichen wurden seit Beginn der Pandemie noch reicher und die Armen ärmer. Wir stimmen der DGB-Vorsitzenden Fahimi zu die beim DGB Bundeskongress formulierte: „Unser gemeinsames Gerechtigkeitsempfinden wird beleidigt, wenn die zehn reichsten Deutschen ihr Vermögen während der Pandemie noch einmal um 100 Milliarden Euro vergrößern konnten“.

Wir fordern einen Stopp der Hochrüstung

Die Aufrüstungspolitik ist grundfalsch und hochgefährlich, weil sie bedeutet, die gesellschaftliche Krise mit Militarismus zu verschärfen statt mit sozialem Fortschritt zur Verbesserung des Allgemeinwohls zu beantworten. Mehr Waffen schaffen keinen Frieden! Diese Aufrüstung richtet sich gegen die Mehrheit der Bevölkerung.

Wir wollen, dass Konsequenzen aus Krise und Kriegen gezogen werden

Wir wollen keine Waffenlieferungen in Kriegsgebiete, auch nicht in die Ukraine. Die Bundesregierung muss, anstatt den Krieg weiter anzuhetzen, sich für eine Verhandlungslösung einsetzen. Dazu gehören Sicherheitsgarantien für beide Seiten.

Gemeinsam setzen wir uns ein für eine solidarische, menschenwürdigere Zukunft in einer intakten Umwelt. Gemeinsam treten wir ein für grundsätzliche Veränderungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir – das sind Gruppen, Organisationen und Parteien aus gewerkschaftlichen, linken, antifaschistischen, künstlerischen, ökologischen, migrantischen und Jugend-Bereichen.

Unsere Forderungen:

- Statt 100 Mrd Sondervermögen für die Bundeswehr ist dieses Geld wichtiger in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Bildung, Klimaschutz.
- Abrüsten statt Aufrüsten
- Staatliche Preiskontrollen und Preisobergrenzen für Energie und Grundnahrungsmittel
- Mindestlohn auf 15 Euro ab 2023
- Reallohnsenkungen verhindern - Lebensstandard sichern
- Gemeinsam kämpfen für Lohnforderungen die den Lebensstandard sichern und die Inflation mindestens ausgleichen
- Soziale Errungenschaften erhalten - keine Abwälzung von Kriegs- und Krisenkosten auf die arbeitende Bevölkerung
- Preistreiber und Profiteure zur Kasse - Wiedereinführung der Vermögenssteuer und einer Übergewinnsteuer

Für diese Forderungen müssen wir gemeinsam auf die Straße gehen. Ohne den Druck von unten machen die oben weiter so wie bisher.

Das "Krisenbündnis" ist offen für weitere MitstreiterInnen, Organisationen oder Einzelpersonen.

Kontakt: krisenbuendnis@lists.riseup.net

Homepage: <https://krisenbuendnis-stuttgart.org/>